

vorwärtsEXTRA

INFORMATIONEN DES SPD-LANDESVERBANDES BADEN-WÜRTTEMBERG

BADEN-WÜRTTEMBERG

SPD

LANDESPARTEITAG IN SINGEN: SPD BADEN-WÜRTTEMBERG ZIEHT GESCHLOSSEN INS WAHLJAHR

Ute Vogt ist Spitzenkandidatin – Frank-Walter Steinmeier unterstreicht Führungsanspruch der Sozialdemokratie

Mit Ute Vogt an der Spitze geht die baden-württembergische SPD entschlossen in die Bundestagswahl am 27. September. Der Landesparteitag in Singen im Kreis Konstanz wählte die SPD-Landesvorsitzende unter großem Beifall auf Platz eins der Landesliste. Kanzlerkandidat Frank-Walter Steinmeier unterstrich auf dem Parteitag den Führungsanspruch der Sozialdemokraten.



Ute Vogt, die sich im Wahlkreis Stuttgart I um ein Direktmandat bewirbt, erhielt 253 von 300 abgegebenen Stimmen und damit satte 84,3 Prozent. Auf Listenplatz zwei wurde der Staatsminister im Auswärtigen Amt, Gernot Erler, gewählt. Auf den weiteren Plätzen folgen Nicolette Kressl, Staatssekretärin im Bundesfinanzministerium, der



Vorsitzende der Landesgruppe Christian Lange sowie die stellvertretende SPD-Landesvorsitzende Hilde Mattheis.

Ute Vogt warf der Landesregierung in Baden-Württemberg vor, in der Finanzkrise keine Orientierung zu bieten. Während CDU-Ministerpräsident Günther Oettinger in Berlin über das Geld aus dem zweiten Konjunkturprogramm des Bundes verhandle, habe sein Koalitionspartner FDP in Stuttgart aus Gründen der Parteitaktik die Zustimmung des Landes im Bundesrat infrage gestellt. „Dieses Chaos hat Baden-Württemberg nicht verdient“, sagte Ute Vogt. Die SPD-Chefin rief die Delegierten auf, dafür zu sorgen, dass die große Koalition nach der Bundestagswahl Geschichte ist.

Frank-Walter Steinmeier erinnerte in seiner Rede die Unternehmen in Deutschland an ihre Verantwortung für die Lösung der Finanz- und Wirtschaftskrise: „Investieren statt Spekulieren – das war mal ein gutes Programm für die deutsche Wirtschaft, und da müssen wir wieder hin“. Der Kanzlerkandidat ging angesichts der Wirtschaftskrise hart mit der Union ins Gericht: „Es ist ein Trauerspiel auf der anderen Seite. Führen tun die schon lange nicht mehr. Die CSU führt sich auf wie pubertierende Halbstarke.“ Steinmeier machte sich erneut für gesetzliche Mindestlöhne stark: „Stundenlöhne von 4 bis 5 Euro sind unanständig. Wer Vollzeit arbeitet, muss auch einigermaßen anständig davon leben können.“

Darüber hinaus verabschiedete der Parteitag programmatische Aussagen zur

Bundestagswahl. Dazu gehört die Forderung, die Arbeitnehmer schon in diesem Jahr spürbar finanziell zu entlasten, den Beitragssatz für die Krankenversicherung um 0,9 Prozentpunkte zu senken und den Beitrag der Arbeitnehmer zur Arbeitslosenversicherung ganz zu streichen. Zudem sprachen sich die SPD-Delegierten gegen eine Privatisierung der Deutschen Bahn AG aus. Die Bahn AG und ihre Tochterunternehmen müssten „zu 100 Prozent im Eigentum des Bundes verbleiben“. Notwendig seien ein attraktives Preissystem, mehr integrierte Taktfahrpläne, kombinierte Transportangebote mit anderen Verkehrsträgern und ein Ende der Streckenstilllegungen.



IMPRESSUM

Verantwortlich:
Andreas Reißig
SPD-Landesverband Baden-Württemberg
Wilhelmsplatz 10
70182 Stuttgart
Fon 0711 619 36-31
Fax 0711 619 36-55
Email: andreas.reissig@spd.de
Internet: www.spd-bw.de

POLITISCHER ASCHERMITTWOCH: SPD BADEN-WÜRTTEMBERG LÄUTET WAHLKAMPF EIN



Beim großen Politischen Aschermittwoch in Ludwigsburg hat die Landes-SPD das Wahljahr 2009 eingeläutet. Franz Müntefering, der als Hauptredner nach Ludwigsburg geladen war, sprach CDU und CSU ihre Regierungsfähigkeit ab. Die Linke bezichtigte er des Populismus. Der Parteivorsitzende rief vor 600 begeisterten Gästen zu einem engagierten Wahlkampf auf: „Es wird knapp sein, aber es wird möglich sein, dass die Sozialdemokraten vorne sind.“ Es dürfe in Deutschland nicht Schwarz-Gelb geben. SPD-Landeschefin Ute Vogt forderte Bundeskanzlerin Angela Merkel auf, sich „verantwortungsvollem Regieren“ zu widmen statt der „Selbstbeschäftigung“ mit unionsinternem Streit.



Franz Müntefering bekräftigte, CDU und CSU seien „im Moment nicht mehr in der Lage, dieses Land verantwortungsvoll zu regieren“. Merkel wolle am Aschermittwoch bei einer Veranstaltung unter dem Motto „Zeit deutlicher Worte“ sprechen. Müntefering sagte dazu: „Das wäre wirklich mal nötig.“ Er attackierte auch die Linke. Diese nutze die Kritik an Neonazis zum Stimmenfang. Dies sei eine „asoziale, populistische“ Politik.

Der SPD-Vorsitzende erneuerte zudem seine Forderung nach einem „TÜV für



Geldprodukte“. Verbraucher müssten wissen, ob bestimmte Anlagen ein hohes oder niedriges Risiko bergen. Der TÜV solle ähnlich einem Aufkleber „beim Joghurt“ sein, der besage, ob der Kauf ratsam sei oder nicht. Das Argument, so etwas funktioniere nicht, werde immer dann vorgebracht, „wenn Menschen sich nicht bewegen wollen“. Zudem forderte der SPD-Chef rasch strengere Regeln für den internationalen Finanzsektor. Man müsse Steueroasen abschaffen, durch die „Leute sich an allen Verantwortlichkeiten vorbei ihr Geld organisieren“.

Ute Vogt erklärte, die SPD sei die Partei, die Verantwortung trage und „Sicherheit und Orientierung“ gebe. Mit Blick auf das Wahljahr 2009 fügte sie hinzu: „So, wie sich die Luft erwärmt, so erwärmt sich auch langsam das politische Klima.“ 2009 sei das „große Jahr der Entscheidung. Außerdem müsse das Konjunktur-

paket umgesetzt werden. Die SPD-Landeschefin versicherte: „Es wird keinen Wettbewerb geben um das beste Steuer-senkungsprogramm.“ Steuersenkungen schwächen den Staat. Stattdessen müsse man alle Menschen entlasten.

SPD-Fraktionschef Claus Schmiedel bezeichnete die Wirtschaftskrise als „Waltenbrand“. Er lobte das Engagement des Staates mit Konjunkturprogrammen. Die wirtschaftliche Vernunft müsse allerdings gepaart sein mit sozialer Verantwortung. Besonders wichtig sei die Bildung. Die Landesregierung tue hier noch immer zu wenig, sagte Claus Schmiedel und forderte unter anderem die Abschaffung von Kindergarten- und Studiengebühren. ■

HERZLICHE GLÜCK- WÜNSCHE IM MÄRZ

ZUM 80. GEBURTSTAG

an Jörg Beurer in Reutlingen, Josef Braunmueller in Ulm, Heinz Doldt in Karlsruhe, Helene Eichholtz in Hirschberg, Herbert Ettrich in Schorndorf, Gertrude Freitag in Reichenbach, Ruth Glauner in Birkenfeld, Erhard Haller in Rheinstetten, Elga Henninger in Heilbronn, Gerhard Hirschmann in Mannheim, Albert Holler in Bruchsal, Bruno Kiefer in Lörrach, Joachim Krutz in Villingen-Schwenningen, Heinz Lauber in Stuttgart, Herbert Laufer in Dunningen, Franz Linhart in Esslingen, Hermann Maier in Ingersheim, Heinz Müller in Heddeshheim, Johanna Mussler in Ithingen, Günther Neunreither in Mannheim, Günter Oser in Mannheim, Erna Partsch in Neckarsulm, Rita Pröbstel in Mannheim, Otto Reichert in Malsch, Hildegard Rittlinger in Zuzenhausen, Wilhelm Schmitt in Waldbrunn, Irene Schmitt in Ladenburg, Alfred Schöffler in Obersulm, Anita Schöning in Buchen, Werner Schrempf in Kippenheim, Hermann Schuhmacher in Eppelheim, Herta Schuster in Rottenburg, Ingeborg Simon in Kornwestheim und an Reinhard Wortmann in Tübingen

ZUM 90. GEBURTSTAG

an Albert Curt in Mannheim und an Erwin Stöckle in Adelberg

ZUM 95. GEBURTSTAG

an Alfred Dihlmann in Alvensbach, Martha Herrlett in Bretzfeld, Hans-Joachim Müller in Bärenthal und an Irma Schlenker in Trossingen

ZUM 97. GEBURTSTAG

an Alfred Linke in Kirchzarten

ZUM 98. GEBURTSTAG

an Dora Zielcke in Stuttgart

ZUM 99. GEBURTSTAG

an Otto Meissner in Oberhausen-Rheinhausen

ZUM 100. GEBURTSTAG

an Richard Probst in Schorndorf

ZUM 50. PARTEIJBILÄUM

an Maria Bauch in Stuttgart, Wilhelm Bernecker in Knittlingen, Ernst Eisenmann in Leinfelden-Echterdingen, Klaus Kienzler in Freiburg und an Hans-Peter Vosberg in Heidelberg

TERMINE MÄRZ 2009

MITTWOCH, 4.

Regionalparteitag, Stuttgart

FREITAG, 6.

SGK-Landesvorstand, Stuttgart

SA, 7./SO, 8.

Juso-Landesdelegiertenkonferenz, Ravensburg

MITTWOCH, 11.

ASG-Landesvorstand, Stuttgart

FREITAG, 13.

Präsidium, Stuttgart

MONTAG, 16.

AGS-Landesvorstand, Stuttgart

MITTWOCH, 18.

AG 60plus-Landesvorstand, Stuttgart

FREITAG, 20.

SGK-Regionalkonferenz „Kommune als Bildungsstandort stärken“, Hüfingen

SAMSTAG, 21.

Landesvorstand, Stuttgart

ASJ-Landesvorstand, Stuttgart

FR, 20. - SO, 22.

Kommunalakademie, Herrenberg

SONNTAG, 22.

ASF-Veranstaltung „Integration“, Karlsruhe

FREITAG, 27.

AGS-Landesvorstand, Mannheim

ASF-Landesvorstand, Stuttgart

SAMSTAG, 28.

AGS-Landesdelegiertenkonferenz, Mannheim

MONTAG, 30.

AfA-Landesvorstand, Stuttgart

NACHHALTIGKEIT ALS MARKENZEICHEN

Von Peter Friedrich MdB, Sprecher der Youngsters der SPD-Bundestagsfraktion

Gerade in Zeiten gigantischer Konjunkturpakete auf Pump macht es Sinn, Regeln zu treffen, wie wir von den Schulden wieder herunter kommen. Ein Verschuldungsverbot, wie von CDU und FDP ursprünglich gefordert, konnten diese nicht durchsetzen. Zukünftige Generationen wären doppelt gekniffen gewesen: Nicht nur der Schuldenberg rasant gewachsen, auch hätte man den Handlungsspielraum zukünftiger Generationen massiv eingeschränkt.

In den letzten Jahren sind wir mit der Konsolidierung sowohl der sozialen Sicherungssysteme als auch des Haushalts gut vorangekommen. Die Krankenkassen sind schuldenfrei, die Rente bekam durch Walter Riester eine zusätzliche Säule zur Absicherung, die Arbeitslosenversicherung verbuchte deutliche Überschüsse und die Haushalte von Bund, Ländern und Kommunen zusammen schrieben eine „schwarze Null“. Dies alles steht jetzt angesichts der Finanz- und Wirtschaftskrise in Frage.

Dabei sind solide Staatsfinanzen kein Selbstzweck, sondern zentral, um mehr Verteilungsgerechtigkeit zu erreichen. Denn offene wie verdeckte Staatsschulden wirken wie ein Umverteilungskamm von unten nach oben: Der Staat leiht sich das Geld von denen, die etwas verleihen können. Dafür zahlt er Zinsen aus den laufenden Einnahmen aus Steuern und Abgaben. Der größte Teil der Steuern kommt aus der Besteuerung von Arbeitseinkommen und Konsum. Damit bremst die Zinslast des Staates die Entwicklung der Nettoeinkommen aus Arbeit und erhöht die Einkommen aus Vermögen. Folgerichtig verliefen die Entwicklung der Staatsschulden und die des privaten Vermögens in den letzten Jahren fast parallel. Wenn wir Sozialdemokraten tatsächlich mehr Chancengerechtigkeit und mehr Verteilungsgerechtigkeit erreichen wollen, müssen wir die Verschuldung zurückführen.

Gleichwohl bringt es zukünftigen Generationen gar nichts, wenn sie zwar

weniger verschuldet, dafür aber in einem Land mit heruntergekommener Infrastruktur oder verlorener sozialer Balance geboren werden. Es ist daher richtig, in einer Krisensituation wie der jetzigen zu handeln. Dabei gibt es aber einen Unterschied: Macht man neue Schulden, um in die Zukunftsfähigkeit des Landes zu investieren, wie wir dies mit dem kommunalen Investitionsprogramm auf den Weg bringen konnten, oder – wie CDU und FDP es fordern – senken wir Steuern auf Pump. Wer eine durch den Neoliberalismus verursachte Krise mit Vorschlägen der neoliberalen Ideologie bekämpfen will, zeigt, dass er die Situation nach wie vor nicht verstanden hat.

Die jetzt gefundene Schuldenregel sieht vor, dass der Bund maximal 0,35 Prozent des Bruttoinlandsprodukts an neuen Schulden aufnehmen darf, nach heutigem Stand wären das 9 Mrd. Euro. Diese können im Falle von Naturkatastrophen oder einer Wirtschaftskrise des Ausmaßes, wie wir es derzeit erle-



ben, überschritten werden. Die Bundesländer verpflichten sich, ab 2020 keine neuen Schulden mehr zu machen, und erhalten bis dahin Haushaltshilfen, um ihre Altschulden in den Griff zu bekommen. Die genauen gesetzlichen Regelungen müssen wir noch diskutieren, denn nicht jedes Detail muss tatsächlich ins Grundgesetz. Aber das Instrument ist richtig und geeignet, die Verschuldung des Staates nachhaltig in den Griff zu bekommen. ■